

Die Bischöfe der anglophonen Bischofskonferenz von Westafrika (AECAWA) – Vereinigung der Bischofskonferenzen von Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria und Sierra Leone – haben im Oktober 1986 in einer grundlegenden Erklärung „Christentum und Islam im Dialog“ ihre Bereitschaft zu einem fortdauernden Dialog mit dem Islam bekundet (Weltkirche 9/1986, 283–286). Dies taten sie auf dem Hintergrund mancher Spannungen und Differenzen, die von den Bischöfen beim Namen genannt werden. Als eine der zentralen Schwierigkeiten für das Zusammenleben von Muslimen und Christen in einem Staat wird die Frage nach dem *Staatsverständnis* genannt. Muslime sind immer geneigt, nach einem islamischen Staat mit Beobachtung der Sharia-Gesetze zu rufen, während Christen für einen säkularen Staat eintreten, der die Religionsfreiheit respektiert. Trotz dieser und anderer Schwierigkeiten betonen die Bischöfe die bleibende Notwendigkeit des christlich-islamischen Dialogs für ein

friedliches Zusammenleben der beiden Religionsgemeinschaften in den Ländern Afrikas.

Auch von protestantischer Seite in Afrika wird der christlich-islamische Dialog von den im Ökumenischen Rat der Kirchen vertretenen Gemeinschaften befürwortet und geführt. In mehreren Ländern Westafrikas besteht eine ökumenische Zusammenarbeit zwischen katholischen und protestantischen Christen mit dem Islam. Die Arbeit der protestantischen Kirchen auf diesem Feld wurde koordiniert durch das „Islam-in-Africa Project Council“. Bei einem Treffen der verschiedenen lokalen Gruppen aus 15 afrikanischen Ländern im Oktober 1987 in Nairobi wurde der Name offiziell in „Christian-Muslim Relations Committee“ umbenannt, um die Ziele und Arbeitsweise deutlicher zu machen. Für August 1988 ist eine Konferenz zum Thema „Die Rolle der Frau in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen“ in Gambia geplant.

Georg Evers

Land am Rand Europas

Die späte Öffnung Portugals

Er komme, das „moderne, demokratische, europäische Portugal“ zu zeigen, sagte Staatspräsident Mario Soares, als er im April dieses Jahres die Bundesrepublik besuchte. Die großen Ziele der Revolution vom 25. April 1974 – Demokratisierung, Entkolonialisierung und Entwicklung – seien erreicht, die politische Situation sei stabil. Wer heute nach Portugal kommt, trifft dort zweifellos auf europäische Modernität und ein pluralistisches, demokratisches Staatswesen; er begegnet aber auf Schritt und Tritt Zeichen wirtschaftlicher Rückständigkeit, dem, was ein zynischer Portugalreisender den Hauch der Dritten Welt nennen würde. In Berichten einer deutschen Vertretung in Lissabon wird das Land im äußersten Südwesten Europas denn auch zutreffend als „teilindustrialisiertes Schwellenland“ charakterisiert.

Erst nach der unblutigen Revolution 1974, die das in sich erstarrte Salazar-Regime unter dessen Nachfolger *Marcello Caetano* stürzte, hat Portugal, das jahrhundertlang sprichwörtlich mit dem Rücken zu Europa lebte, die Notwendigkeit einer Öffnung erkannt; am 1. Januar 1986 wurde es mit Spanien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (zuverlässiges Mitglied des Atlantischen Bündnisses ist Portugal seit Bestehen der NATO).

Politisch hat Portugal – nach elf Regierungswechseln in 13 Jahren – unter der liberal-konservativen Regierung Cavaco erstmals eine gewisse Stabilität gewonnen. *Anibal Cavaco Silva*, der bereits vom November 1985 bis Juli 1987 eine Minderheitsregierung führte, errang bei den Wahlen im Juli 1987 die absolute Mehrheit; seine Partei, die Sozialdemokratische Partei Portugals (PSD), erreichte einen Stimmenzuwachs von rund 20 Prozent. Die

bürgerliche sozialdemokratische Partei hatte mit Unterbrechungen und in verschiedenen Koalitionen fast zehn Jahre lang die Regierungsverantwortung mitgetragen; der 1980 tödlich verunglückte damalige Ministerpräsident *Francisco Sá Carneiro* galt als ihr begabtester Politiker. Cavacos Regierungsprogramm war denn auch im wesentlichen eine Wiederholung politischer Zielvorstellungen früherer Regierungen, deren Durchführung nicht zuletzt an der Kurzlebigkeit dieser Regierungen scheiterte. Cavaco setzte mit Blick auf die Umgestaltung und Modernisierung der Wirtschaft allerdings noch stärkere liberale Akzente nach seinem Motto: weniger Staat, mehr Privatinitiative.

Von chronischer Unterentwicklung geprägt

Nach gerade zwei Jahren Amtszeit hat die Regierung vor allem im *wirtschaftlichen Bereich* Erfolge vorzuweisen, die auch politisch zu Buche schlagen. Wie denn überhaupt die Wirtschaft nach der Phase politischer Unruhe Mitte der siebziger Jahre und der Etablierung bürgerlicher Regierungen das Thema Nummer eins aller Regierungen gewesen ist. Unter dem starken Erwartungs- und Anpassungsdruck der EG hat sich die Regierungspolitik erst recht noch mehr auf den wirtschaftlichen Bereich konzentriert. Die wirtschaftliche (und soziale) Situation des Zehn-Millionen-Volks am Rande Europas hatte und hat es allerdings auch dringend nötig, daß sich die Politiker, Unternehmerschaft und Gewerkschaften vorrangig ihrer annehmen, wenn Portugal in der von Brüssel gesetzten

Frist bis 1992 den Anschluß an den EG-Standard finden will.

Zu der chronischen Unterentwicklung des Landes haben im Laufe der Geschichte innere und äußere Faktoren beigetragen. Die Ära Salazar (1928–68), aus einer anarchischen republikanischen Periode hervorgegangen, zeichnete sich lange Zeit durch eine stabile, in bescheidenem Rahmen erfolgreiche Wirtschaftspolitik aus. Der Professor für Nationalökonomie *Antonio Salazar* hatte schon in seiner Dissertation gegen eine (vom Ausland finanzierte) Industrialisierung Portugals und für eine Entwicklung des Landes durch Arbeit und Sparsamkeit plädiert; eine Überzeugung, die er in den vierzig Jahren seiner Herrschaft im Grunde beibehielt. Aus dem spröden Politiker wider Willen wurde mit den Jahren ein autokratischer Führer eines autoritären Ständestaates, der Modernisierungen weitgehend vermied und der seine Macht nur mit polizeistaatlichen Methoden aufrechterhalten konnte. Unter Salazar blieb der Staatshaushalt ausgeglichen, die Auslandsverschuldung war geringfügig, die Zuwachsraten allerdings auch (Salazar lehnte nach dem Zweiten Weltkrieg selbst die angebotene Einbeziehung Portugals in den Marshall-Plan ab). Wirtschaftlich stagnierte das Land, politisch war es gelähmt. Jeder fünfte erwerbsfähige Portugiese ging unter Salazar in die Emigration.

Am unproduktivsten arbeitete die *Landwirtschaft*, damals wie heute eines der größten unbewältigten Probleme portugiesischer Politik. 1965 erwirtschafteten 40 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft nur gut die Hälfte des Nahrungsmittelsbedarfs (heute produziert der Agrarsektor – mit 23 Prozent der Beschäftigten – weniger als die Hälfte des Bedarfs). Die hohen sozialen Kosten seiner Politik, die trostlose Armut weiter Teile der Landbevölkerung, ließen Salazar an eine Agrarreform denken; sie wurde in der Ständekammer von den Landbesitzern des Südens verhindert.

Die *Kriege in den afrikanischen Kolonien* (seit 1953 als Überseeprovinzen in den portugiesischen Staat integriert), an deren Ende der Verlust von Angola, Mosambik und Guinea-Bissau stand, fügten nicht nur der portugiesischen Wirtschaft großen Schaden zu. Sie hatten etwa zehntausend Menschen das Leben gekostet und erschütterten das Land, das sich am Ende eines jahrhundertlangen Abstiegs sah, tief. Was Mario Soares gern im nachhinein als „beispielhafte Entkolonialisierung“ bezeichnete, war in Wirklichkeit der endgültige Zusammenbruch des einstigen lusitanischen Weltreichs.

Nach der „Nelken-Revolution“

Das kleine Portugal mit damals einer Million Einwohnern hatte im 16. Jahrhundert in der Spanne einer einzigen Generation ein weltumspannendes Reich erobert und war dabei unermesslich reich geworden. Der langsame Abstieg in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit hat die Neigung der Portugiesen zu Fatalismus und Passivität verstärkt. Aber die Erinnerung an die einstige Größe ist

langlebig. Das krasse Mißverhältnis von nationalem Bewußtsein und realer Macht zeigte sich im Sprachgebrauch: Als 1961 das 4000 qkm kleine Goa aufgegeben wurde, sprach man vom „Verlust Indiens“, 1975 war auch „Afrika“ verloren.

Der sogenannten Nelken-Revolution vom 25. April 1974 – eigentlich keine Revolution, sondern ein Putsch linksgerichteter Militärs – folgte eine Phase unruhigen politischen und wirtschaftlichen Experimentierens mit dem Ergebnis eines weiteren wirtschaftlichen Niedergangs. Die Verfassung von 1976 enthält eine Reihe linksideologischer Aussagen, u. a. den Auftrag, den Übergang zum Sozialismus zu garantieren (Artikel 2) sowie die Pflicht zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel (Artikel 89). Diese Passagen wurden bei der Verfassungsänderung 1982/83 zum Teil abgeschwächt.

Trotz rasch wechselnder Regierungen begann sich die politische Situation ab 1980 allmählich zu entwirren. Politisch strukturierte sich die junge Demokratie, wirtschaftlich gab es – nach einem vorübergehenden Aufschwung – mehr Fehlschläge als Erfolge. Zum einen zeigte sich, daß die überstürzt angegangene *Landreform*, die im wesentlichen in der Enteignung großen, aber auch mittleren Landbesitzes nach eher beliebigen Kriterien, der teilweisen Rückgabe illegal besetzter Ländereien und der Gründung von Kooperativen bestand, sich noch keineswegs produktionssteigernd auswirkte. Zum anderen führten die explodierenden sozialen Forderungen (der sozialistische Ministerpräsident Soares klagte 1976 im portugiesischen Fernsehen, es gehe eine „Furie“ sozialer Ansprüche und Forderungen durch das Land), die Arbeitskämpfe und die großzügigen Konzessionen der Regierung im industriellen Bereich ebenfalls zu einem Rückgang der Produktivität.

Probleme der Regierung Cavaco

Die sozialen Errungenschaften der revolutionären Jahre 1974–76, zumindest einige, stehen nach Ansicht des jetzigen Ministerpräsidenten der wirtschaftlichen Entwicklung Portugals im Wege. Cavaco will vor allem die arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsgesetze, die dem Arbeitgeber Entlassungen fast unmöglich machen, ändern und die von der Unternehmerschaft dringend geforderte Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe ermöglichen. In beiden Punkten ist er bisher gescheitert. Die entsprechenden Gesetzentwürfe, im April mit den Stimmen seiner Fraktion im Parlament verabschiedet, sind vom Verfassungsgericht für ganz oder teilweise verfassungswidrig erklärt worden.

Cavaco reagierte in einer Fernsehansprache mit scharfen Angriffen auf das Verfassungsgericht und wurde dafür seinerseits von allen Seiten kritisiert. Dieser erste schwere Rückschlag seiner Politik offenbarte eine Schwäche des bisher so erfolgreichen Premierministers. Oppositionspolitiker, aber auch die Presse beklagten den allzu selbstherrlichen Regierungsstil Cavacos, für den selbst das

Parlament nur noch Dekor sei. Die Tageszeitung „Expresso“ bezeichnete ihn als „Neureichen der Demokratie, einen jener typischen Technokraten, für den die institutionellen politischen Formen – sei es Demokratie oder Diktatur – den Gesetzen der Ökonomie unterzuordnen sind“ (12. 3. 88).

Mit Ausnahme der Kommunisten hält die gesamte Opposition die Sozialgesetze für reformbedürftig und befürwortet eine Gesetzes- oder gar Verfassungsänderung. Der Mehrheit im Parlament sicher, verzichtete Cavaco darauf, die Sozialisten, zweitstärkste Fraktion im Parlament, zu konsultieren. Gerade deren Stimmen benötigt er jedoch für eine Verfassungsänderung, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Zwar hat die sozialistische Partei ihre dogmatischen Reformansprüche im Laufe der Jahre, in denen sie (mit-)regierte, längst aufgegeben. Wie den Gewerkschaften UGT und CGT, die erstmals erfolgreich zu einem gemeinsamen Generalstreik aufriefen, geht aber auch den Sozialisten Cavacos die „Liberalisierung“ der Arbeitsgesetze zu weit.

Während sich Premierminister Cavaco überaus erfolgreich präsentiert und sich auch im Ausland beträchtliches Ansehen erworben hat, urteilen die Portugiesen zunehmend zurückhaltender über seine Politik, obwohl das Land zweifellos einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat. 1985 betrug das Realwachstum 5 Prozent, der private Konsum stieg wie 1986 um 7 Prozent, die Inflationsrate sank von 27 Prozent im Jahr 1984 auf 9,5 Prozent 1987; die ausländischen Investitionen nahmen um 150 Prozent zu. Die Arbeitslosigkeit lag unter 9 Prozent (1984: 12 Prozent).

In Anerkennung dieser „kräftigen Expansionsphase“ der portugiesischen Wirtschaft warnte indes die OECD in ihrem jüngsten Bericht vor übertriebenen Prognosen für das laufende Jahr. Die Auftriebsphase habe voraussichtlich ihren Höhepunkt überschritten; die weitere Entwicklung hänge ganz entscheidend von einem anhaltenden außenwirtschaftlichen Gleichgewicht ab. Die Öffnung für den EG-Markt mache die portugiesische Wirtschaft anfälliger und erfordere eine „rasche strukturelle Anpassung“. Genau dies wird der Regierung Cavaco besonders schwerfallen. (Das Nachbarland Spanien hat sich darin – bei allerdings wesentlich günstigerer Ausgangsposition – leichter getan und drängt inzwischen erfolgreich auch auf den portugiesischen Markt.) Der Abbau des Personalüberhangs in der freien Wirtschaft ist erst nach einer Verfassungsänderung möglich; notwendig wäre er auch in den staatseigenen Betrieben und der Verwaltung (allein das Landwirtschaftsministerium z. B. beschäftigt 20 000 Beamte).

Kritik von links und von rechts

In dem OECD-Bericht findet sich zudem schwarz auf weiß, was die linke wie die rechte Opposition in Portugal nicht müde wird zu betonen; daß Cavaco der Erfolg geradezu in den Schoß gefallen sei: die Dollar-Baisse, die billi-

gen Ölpreise, der (von Soares und anderen verhandelte) EG-Beitritt und die damit reichlich fließenden EG-Zuschüsse (Strukturmittel für die erste Phase, Mittel aus dem Sozialfonds, Sonderprogramm für die Landwirtschaft etc.). Das Hauptziel seiner Politik, die veraltete Wirtschafts- und Sozialstruktur in der Schonzeit bis 1992 (für die Landwirtschaft bis 1996) an europäische Maßstäbe heranzuführen, hat Ministerpräsident Cavaco gerade in Angriff genommen.

Kurioserweise konzentriert die *kommunistische Partei*, bei der Wahl 1987 mit 12 Prozent der Stimmen auf ihre Stammwählerschaft reduziert und in stalinistischer Kaderdisziplin erstarrt, auch zwei Jahre nach dem EG-Beitritt Portugals ihren propagandistischen Kampf immer noch auf dieses „Erzübel Europa“ – unisono mit der nationalistischen extremen Rechten, die wie manche kirchlichen Kreise von Europa nur Schlimmes erwarten.

Die *christdemokratische Partei* CDS (Demokratisch-Soziales Zentrum), konservativ und gemeinhin als rechts von der Regierungspartei PSD stehend bezeichnet, und ihr Vorsitzender *Diego Freitas do Amaral* kritisieren die Regierung Cavaco, an dessen Partei der CDS seine Wähler verlor, womöglich noch schärfer als die Sozialisten. Die erst in den 70er Jahren gegründete Partei fiel bei den letzten Wahlen von 10 auf 4,4 Prozent zurück.

Der CDS sieht in der neuen Regierung nur Technokraten und Pragmatiker; der Regierungspartei fehle ein wertorientiertes Grundsatzprogramm, und so sei auch ihre Politik. Der Vorwurf, Cavaco vernachlässige die „Überseepolitik“ sträflich und vertue vor allem in Angola, aber auch in den anderen „Ländern portugiesischer Sprache“, die Chance intensiver und wirtschaftlicher Beziehungen, gehört wohl in die Kategorie genereller Regierungsschelte. Schwerer wiegt der Vorwurf, die Regierung wisse auf die schweren sozialen Probleme Portugals keine Antwort als die, daß mit dem wirtschaftlichen Aufstieg auch die soziale Not schwinde. Es spreche nicht für den Wirtschaftskurs der Regierung, wenn ein Drittel des umlaufenden Geldes der Schattenwirtschaft entstamme, so ein CDS-Politiker. Nicht ausbezahlte Löhne, Unterbeschäftigung, Zeitverträge ohne Absicherung und Kinderarbeit seien immer noch an der Tagesordnung. 700 000 Wohnungen fehlen nach offiziellen Angaben. Die Kindersterblichkeit ist immer noch die höchste in Europa.

Die von den Christdemokraten ebenfalls als „kaum existent“ beklagte *Bildungspolitik* der Regierung sieht eine „umfassende Reform“ des Schulwesens innerhalb der nächsten zwei Jahre vor. Die am europäischen Standard gemessen dürftige, zum Teil miserable Schul- und Berufsausbildung ist ein weiteres, die Entwicklung Portugals nachhaltig belastendes Erbe Salazars, der selbst die späte Einführung der Schulpflicht noch halbherzig betrieb. Mit den Großgrundbesitzern war er der Meinung, daß Analphabeten die besseren, da willigeren Landarbeiter seien. Nach offiziellen Angaben liegt die Zahl der Analphabeten heute bei 22 Prozent; 30 Prozent kämen der Wirklichkeit näher, heißt es auch von kirchlicher Seite. Die Gefahr,

daß Portugal als rückständiges Billiglohnland in seiner Entwicklung stagniert, ist auch nach dem Urteil der in Portugal tätigen deutschen Stiftungen groß – wenn Schul- und Berufsausbildung nicht erheblich besser werden.

Die Kirche und der Schatten Salazars

Die katholische Kirche Portugals, Träger zahlreicher Sozial- und Bildungseinrichtungen, ist gleichwohl *im öffentlichen Leben weniger präsent*, als es ihrer gesellschaftlichen Bedeutung in einem Land mit großer katholischer Mehrheit (95 Prozent der Bevölkerung) entspricht. Ihr heutiger innerer Zustand, ihre institutionelle Präsenz in Staat und Gesellschaft sind auf dem Hintergrund ihrer engen historischen Beziehung zur weltlichen Macht zu sehen, die ihre evangelisatorische Kraft zu Zeiten stärkte, zu anderen Zeiten schwächte.

Der langen Periode einer politisch einflußreichen, privilegierten Kirche mit bedeutendem Landbesitz und unbestrittener Autorität über die Gläubigen folgten im 19. Jahrhundert wie überall in Europa *revolutionäre Säkularisierungswellen*, denen die Kirche mit restaurativen Bestrebungen entgegenzuwirken versuchte. Zu Beginn dieses Jahrhunderts führte die stark antiklerikale Revolution zur formellen *Trennung von Kirche und Staat* (1911); die meisten Seminare wurden aufgelöst. Kirchenbesitz enteignet. Ab 1918 kamen sich Kirche und Staat wieder näher. Das klerikalistische Regime Salazars schloß 1940 ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, das die Kirche als Rechtspersönlichkeit anerkannte und ihr freie Entfaltung und Kultausübung garantierte.

Das allgemeine Bildungsdefizit, die geistige Enge und Isolation der Salazar-Ära hat auch in der Kirche des Landes Spuren hinterlassen. Beim Zweiten Vatikanischen Konzil traten die portugiesischen Bischöfe allein, ohne Konzilsberater in Erscheinung; ihr traditionalistisches und autoritäres Amts- und Kirchenverständnis ist bis heute nicht ganz einem konziliar geprägten Kirchenbild gewichen. Zum Zeitpunkt der Nelken-Revolution, des politischen Aufbruchs, verfügte die Kirche durchaus über die notwendigsten Institutionen und pastoralen Strukturen: eine neu gegründete katholische Universität, eine mitgliederstarke katholische Aktion etc.; aber sie war politisch desavouiert, fast ohne Priesternachwuchs, innerlich kraftlos.

In der revolutionären Phase 1974–1976 warnte der geschlossen antikommunistisch gesonnene Episkopat öffentlich vor einem Abgleiten Portugals in den Marxismus, hielt sich aber insgesamt im Hintergrund (vgl. HK, September 1975, 432 f.). Bis heute tritt die Hierarchie, verglichen mit anderen europäischen Bischofskonferenzen, selten an die Öffentlichkeit. Die Bischöfe trugen an der Hypothek, unter der Diktatur Salazars und seines Nachfolgers Caetano zu deren menschenrechtsverletzender Politik geschwiegen zu haben, sagt man in Portugal. Jedenfalls hat sie anders als die spanische Kirche zur Zeit des Übergangs *keine Führungsrolle übernommen*. Auch

heute ist der politische Standort des im übrigen größtenteils neu ernannten Episkopats schwer auszumachen. Es kommt hinzu, daß der Kardinalpatriarch von Lissabon, *Antonio Ribeiro*, ein vorsichtiger, die Öffentlichkeit meidender Mann, aber eben doch der traditionelle Wortführer der Hierarchie ist. Seit dem letzten Jahr macht er Ansprüche auf ein privates kirchliches Fernsehen geltend (der 1975 von den Revolutionären vorübergehend geschlossene kircheneigene Sender „Radio Renascença“ ist mit seinen populären Programmen äußerst erfolgreich).

Erst in den letzten Jahren hat die Kirche insgesamt angefangen, über die assistentielle caritative Arbeit hinaus sich den sozialen Problemen des Landes zu öffnen. „Wir sind noch weit davon entfernt“, so ein Bischof aus dem Norden des Landes, „unserer Verpflichtung als Kirche gegenüber dem Teil unseres Volkes nachzukommen, das in Armut und Elend lebt“. In Setúbal, einer 1975 neu errichteten Diözese südlich von Lissabon, lernt Bischof *Manuel da Silva Martins* auf ausgedehnten Pastoralvisiten auch die Armut seiner Gläubigen kennen: „Ich schätze, daß in meinem Bistum 10 000 Familien Hunger leiden.“ Die benachbarte Hauptstadt Lissabon hat einen Elendsgürtel, in dem 200 000 Menschen leben.

Silva Martins ist Vorsitzender der Sozialkommission der Bischofskonferenz (und gilt gegenüber sozialen Fragen als besonders aufgeschlossen); er rief am Caritas-Sonntag 1988 die portugiesische Kirche zur „Option für die Armen“ auf: „Es ist von großer Dringlichkeit, daß unsere Gläubigen und unsere Gemeinden die Ärmsten, wer immer sie seien, ‚entdecken‘, und diese Armut kommunizieren, d. h. sich engagiert für diese Menschen und vor allem für die Überwindung der Armut einsetzen. Vergessen wir nicht, daß die Wahrheit und die Glaubwürdigkeit der Kirche auch (oder gerade?) dort zu finden ist.“ Im Gespräch mit Mitarbeitern der Bischofskonferenz wird deutlich, daß mancher Pfarrer klagt, wieviel Zeit er mit „Sozialem“ verliere, die Verkündigung also noch vielfach losgelöst vom sozialen Auftrag der Kirche erfolgt.

„Viel Religiosität, wenig Glaube“

Die größte Sorge der portugiesischen Kirche gilt der von jeher schwachen Verwurzelung des Glaubens in der traditionell religiösen Bevölkerung und den deutlichen Säkularisierungstendenzen, die die portugiesische Kirche mit Verzögerung erreichen und die sich auch in der religiösen Praxis niederschlagen beginnen: „Die Glaubensschwäche der Mehrheit unserer Gläubigen und die moralischen und spirituellen Auswirkungen der sozio-kulturellen Veränderungen sind offensichtlich“, heißt es im Hirtenschreiben der Bischofskonferenz „Über die Erneuerung der Kirche in Portugal in Treue zum Konzil und gemäß den Herausforderungen unserer Zeit“ vom 7. Oktober 1984, einer Art pastoralem Grundsatzprogramm. „Schmerzlich erfahren wir die drohende Entchristianisierung und die daraus folgende Dehumanisierung des nationalen Lebens.“

Die *kirchliche Statistik* spiegelt den Rückgang der religiösen Praxis noch nicht wider. Sie macht vor allem die *starken Unterschiede zwischen Norden und Süden* auch im kirchlichen Leben deutlich. Die Formel des Bischofs von Sétubal „unser Volk hat viel Religiosität und wenig Glauben“ gilt wohl für das ganze Land, die religiösen Ausdrucksformen und vor allem ihre Intensität aber teilen Portugal in zwei „Katholizismen“. Der Gottesdienstbesuch schwankt nach Angaben des Sekretariats der Bischofskonferenz zwischen 80 Prozent in einigen Regionen Nordportugals (der Durchschnitt liegt bei 50–60 Prozent) und unter 5 Prozent in weiten Gebieten Südportugals; in Lissabon liegt er bei 25 Prozent. Bei einer Umfrage im Jahr 1984 bezeichneten sich in der Erzdiözese Lissabon 75 Prozent der Bevölkerung als katholisch (landesweit von 95 Prozent Getauften etwa 85 Prozent), 33 Prozent erklärten, sie seien praktizierende Katholiken. 42 Prozent bekannten sich als nicht praktizierend. Eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren wies ebenfalls starke regionale Unterschiede auf: in den nördlichen Diözesen (ohne die Großstadt Porto) halten sich bei 44 Prozent praktizierende und nicht praktizierende junge Christen die Waage (5 Prozent bezeichneten sich als ungläubig), in der südlichen Küstenregion Algarve lag die Zahl Nichtpraktizierender bei 68 Prozent, die praktizierender Christen bei 13 Prozent (13 Prozent Glaubenslose). Lissabon verzeichnet 14 Prozent praktizierende und 25 Prozent glaubenslose Jugendliche.

Besorgniserregend ist der *Rückgang kirchlicher Eheschließung* (in Portugal besteht die Wahl zwischen ziviler und kirchlicher Eheschließung, letztere hat zivile Gültigkeit). 1987 ließ sich jedes zweite Paar im Großraum Lissabon (rund 2 Millionen Katholiken) nur noch standesamtlich trauen (1968 waren es 88 Prozent). Das pastorale Fazit der südportugiesischen Kirche „zwischen Taufe und Begräbnis – nichts“ könnte auch für die Großstadt Gültigkeit erlangen, fürchten die Bischöfe. Andererseits stoßen die Bemühungen um eine angemessene Sakramentenvorbereitung vielfach noch auf Widerstand oder Gleichgültigkeit. Stark rückläufig ist auch die Teilnahme am Religionsunterricht in der Oberstufe der weiterführenden Schulen. Von anfänglich 50 Prozent, die freiwillig das Fach Religion beibehalten, bleiben am Ende der Schulzeit noch 5 Prozent (Angaben ebenfalls für Lissabon).

Ungeachtet des starken Nord-Süd-Gefälles in der religiösen Praxis halten die Bischöfe des Nordens wie die des Südens und der Großstädte eine glaubenvertiefende Katechese gleichermaßen für notwendig. Für eine intensive katechetische Erneuerung fehlt jedoch das Personal. Der Mangel an Priestern und ausgebildetem Seelsorgepersonal – Voraussetzung für einen gemeinde- und soziale Verantwortung tragenden Laienkatholizismus – ist das zweitgrößte Problem der portugiesischen Kirche.

Der Klerus (3850 Weltpriester, knapp 1000 Ordenspriester) ist überaltert. 27 Prozent der Diözesanpriester sind älter als 65 Jahre, 41 Prozent zwischen 50 und 65, 32 Prozent unter 50 Jahre; nur etwa 200 Priester sind jünger als

35. Mit 384 Seminaristen (1985) verzeichnet der diözesane Priesternachwuchs eine leichte Steigerung; bei den Orden stagnieren die Novizenzahlen zwischen 60 bis 70 pro Jahr. Die Konzentration des Klerus weist ebenfalls ein starkes Nord-Süd-Gefälle auf: Im Norden betreut ein Pfarrer durchschnittlich weniger als 2000, höchstens 3000 Gläubige; im Süden entfallen auf einen Diözesanpriester zwischen 5000 und 10000 Katholiken. Der Priestermanager läßt fast jede vierte portugiesische Pfarrei vakant. Die portugiesischen Gemeindepfarrer leben von Meßstipendien und dem, was sie nebenberuflich verdienen (viele geben Unterricht in allen möglichen Fächern, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen). Vor allem im Süden ist mancher Pfarrer bettelarm. „Sie schlagen sich so durch“, sagte der Bischof von Beja, *Manuel Falcão*, über seine Landpfarrer kürzlich im deutschen Fernsehen. Früher lebte der Klerus von den Zuwendungen der Grundbesitzer, die der Kirche heute übelnehmen, daß sie 1975 nicht gegen Enteignungen und Landbesetzungen protestiert hat. Die Landarbeiter, heute die letzte Bastion der kommunistischen Partei, erwarten nicht viel von einer Kirche, „die den Armen noch nie geholfen hat“.

Die Kirche versucht einen Neubeginn

Die portugiesischen Bischöfe planen einen innerdiözesanen Finanzausgleich; an einen Ausgleich zwischen den Diözesen, der die krassen Unterschiede erst beseitigen könnte, wird derzeit nicht gedacht. Während man im Sekretariat der Bischofskonferenz darauf verweist, daß sich bei einer Klerusumfrage auf Anregung einer Priestergruppe, wer wirtschaftlich in Not sei, niemand gemeldet habe, sehen andere in dem berufsfremden Broterwerb vieler Geistlicher eine Gefährdung des geistlichen Profils des Klerus. Spannungen zwischen Klerus oder kirchlichen Gruppen und Bischöfen gibt es, so der Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof *Albino Cleto*, kaum; noch weniger entspreche es der portugiesischen Mentalität, solche Spannungen öffentlich auszutragen.

Im armen, entchristlichten Süden, bei der mittelständischen Bevölkerung, unter den traditionalistischen Kleinbauern des Nordens – überall will die Kirche mit ihrem Programm der Neuevangelisierung ansetzen. Trotz ihrer beschränkten personellen Möglichkeiten versucht die Kirche auch, sich der ihr teilweise fernstehenden intellektuellen Schicht zu öffnen und zum Beispiel über die katholische Universität und ihre Einrichtungen mit ihr in Dialog zu treten – noch mit geringem Erfolg. Wie allzu viele derer, die der Kirche freundlich-gleichgültig gegenüberstehen, sehen sie in ihr immer noch die altbekannte treue Verbündete der weltlichen Macht. Die Kirche ist als Institution respektiert, wird nicht (oder nur selten) angefeindet. Was vielleicht schlimmer ist: manchem gilt sie schon als Relikt. Unter solchen Vorzeichen versucht nach dem politischen Aufbruch Portugals jetzt die Kirche ohne die weltliche Schutzmacht vergangener Zeiten aus eigener Kraft einen Neubeginn.

Gabriele Burchardt